

368250-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im Bereich Geotechnik – Geotechnische Untersuchung (GDRM Lampertheim/HYLU)

OJ S 102/2026 29/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: GASCADE Gastransport GmbH

E-Mail: vergabe@gascade.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Erzeugung, Fortleitung oder Abgabe von Gas oder Wärme

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Geotechnische Untersuchung (GDRM Lampertheim/HYLU)

Beschreibung: Gegenstand des Projektes ist die Errichtung der Wasserstoffleitung HYLU (Hydrogen-Lampertheim-Ludwigshafen-Leitung) DN 800 von Lampertheim bis Ludwigshafen. Die rund 15 km lange HYLU Leitung ist Bestandteil des Wasserstoffkernnetzes und wird unter der ID KLN013-01 geführt. Die Planung der rund 15 km langen Wasserstoffleitung berührt insgesamt drei Bundesländer. Die Leitung beginnt in Hessen und erreicht nach rund 1,6 km die Grenze nach Baden-Württemberg. Entlang der derzeitigen Vorzugstrasse wird die Grenze nach Rheinland-Pfalz nach ca. 5,3 km erreicht. Die Grenze zwischen den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz befindet sich in der Mitte der Bundeswasserstraße Rhein. Das geplante Vorhaben umfasst den Neubau der ca. 15 km langen Wasserstoffleitung von der Umstellleitung HYREL (ehemals MIDAL) an der in Betrieb befindlichen GDRM-Anlage Lampertheim bis zur geplanten Absperr- und Molchstation in Ludwigshafen vor dem Werksgelände der BASF. Die Inbetriebnahme der HYLU Leitung ist für Ende 2029 vorgesehen. Der Baubeginn ist für den Frühsommer 2028 geplant. Außerdem plant der Auftraggeber die Ausbaumaßnahme der vorgenannten GDRM Lampertheim 5 als Bestandteil des Netzentwicklungsplans 2022-2032 (ID 630-01). Die geplante Fertigstellung dieser Maßnahmen verschiebt sich gegenüber dem Netzentwicklungsplan von Oktober 2027 auf Oktober 2028. Ein großer Teil der zukünftigen Verbrauchsmengen in Baden-Württemberg und entlang der MIDAL-Süd Trasse soll nicht mehr mit Erdgas, sondern mit Wasserstoff gedeckt werden. Aus diesem Grund soll die Ferngasleitung MIDAL Süd (Abschnitt Reckrod - Lampertheim) nach Fertigstellung der erdgastransportierenden Spessart-Odenwald-Leitung (SPO-Leitung der terranets bw GmbH), welche von Wirtheim bis nach Lampertheim führen wird, voraussichtlich ab dem Jahr 2028 als Wasserstofftransportleitung umgestellt werden. Über den MIDAL Süd Loop und die SPO-Leitung wird ab diesem Zeitpunkt die Methan-Versorgung bis nach Lampertheim erfolgen. Über die GDRM-Anlage Lampertheim 5 erfolgt die Verbindung der SPO-Leitung zur MIDAL Süd (Lampertheim - Ludwigshafen) und zur bestehenden AL RG (DN 400). Um die Funktionalität der GDRM-Anlage sicherzustellen, ist die Einbindung einer bestehenden DN 400 Leitung (AL RG) und der bestehenden MIDAL Süd (DN 800, Lampertheim - Ludwigshafen), eine übergangsweise Einbindung der anfangs noch erdgasführenden MIDAL Süd (DN 800, Reckrod - Lampertheim) sowie die Einbindung der kurzen Verbindungsleitung zwischen SPO-Leitung und GDRM-Anlage notwendig. Die

Einreichung der Planfeststellungsantrags ist für Ende 2026 geplant. Der geplante Baubeginn liegt im Oktober 2027.

Kennung des Verfahrens: 86282359-ed10-43a2-8251-965c719e7958

Interne Kennung: 2026-022

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bergstraße (DE715)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: DEB34

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXVHYH0YTPJPHKSZ# siehe Verfahrensunterlagen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Los 1: HYLÜ/GDRM Lampertheim (ohne Rheinquerung)

Beschreibung: Gegenstand des Projektes ist die Errichtung der Wasserstoffleitung HYLÜ (Hydrogen-Lampertheim-Ludwigshafen-Leitung) DN 800 von Lampertheim bis Ludwigshafen. Die rund 15 km lange HYLÜ Leitung ist Bestandteil des Wasserstoffkernnetzes und wird unter der ID KLN013-01 geführt. Die Planung der rund 15 km langen Wasserstoffleitung berührt insgesamt drei Bundesländer. Die Leitung beginnt in Hessen und erreicht nach rund 1,6 km die Grenze nach Baden-Württemberg. Entlang der derzeitigen Vorzugstrasse wird die Grenze nach Rheinland-Pfalz nach ca. 5,3 km erreicht. Die Grenze zwischen den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz befindet sich in der Mitte der Bundeswasserstraße Rhein. Das geplante Vorhaben umfasst den Neubau der ca. 15 km langen Wasserstoffleitung von der Umstellleitung HYREL (ehemals MIDAL) an der in Betrieb befindlichen GDRM-Anlage Lampertheim bis zur geplanten Absperr- und Molchstation in Ludwigshafen vor dem Werksgelände der BASF. Die Inbetriebnahme der HYLÜ Leitung ist für Ende 2029 vorgesehen. Der Baubeginn ist für den Frühsommer 2028 geplant. Außerdem plant der Auftraggeber die Ausbaumaßnahme der vorgenannten GDRM Lampertheim 5 als Bestandteil des Netzentwicklungsplans 2022-2032 (ID 630-01). Die geplante Fertigstellung dieser Maßnahmen verschiebt sich gegenüber dem Netzentwicklungsplan von Oktober 2027 auf Oktober 2028. Ein großer Teil der zukünftigen Verbrauchsmengen in Baden-Württemberg und entlang der MIDAL-Süd Trasse soll nicht mehr mit Erdgas, sondern mit Wasserstoff gedeckt werden. Aus diesem Grund soll die Ferngasleitung MIDAL Süd (Abschnitt Reckrod - Lampertheim) nach Fertigstellung der erdgastransportierenden Spessart-Odenwald-Leitung (SPO-Leitung der terranets bw GmbH), welche von Wirtheim bis nach Lampertheim führen wird, voraussichtlich ab dem Jahr 2028 als Wasserstofftransportleitung umgestellt werden. Über den MIDAL Süd Loop und die SPO-Leitung wird ab diesem Zeitpunkt die Methan-Versorgung bis nach Lampertheim erfolgen. Über die GDRM-Anlage Lampertheim 5 erfolgt die Verbindung der SPO-Leitung zur MIDAL Süd (Lampertheim - Ludwigshafen) und zur bestehenden AL RG (DN 400). Um die Funktionalität der GDRM-Anlage sicherzustellen, ist die Einbindung einer bestehenden DN 400 Leitung (AL RG) und der bestehenden MIDAL Süd (DN 800, Lampertheim - Ludwigshafen), eine übergangsweise Einbindung der anfangs noch erdgasführenden MIDAL Süd (DN 800, Reckrod - Lampertheim) sowie die Einbindung der kurzen Verbindungsleitung zwischen SPO-Leitung und GDRM-Anlage notwendig. Die Einreichung der Planfeststellungsantrags ist für Ende 2026 geplant. Der geplante Baubeginn liegt im Oktober 2027. Im Zuge des vorgenannten Bauvorhabens benötigt GASCADE einen Dienstleister zur Ausführung einer geotechnischen und bodenkundlichen Untersuchung der geplanten Leitungs-trasse und der GDRM Lampertheim 5. Die Leistungen sind aufgeteilt in 2 Lose. Los 1 umfasst alle geotechnischen und bodenkundlichen Untersuchungen für die Projekte HYLÜ und GDRM Lampertheim 5, welche nicht im Zusammenhang mit der notwendigen Querung des Rheins stehen. Der Leistungsumfang umfasst neben Tätigkeiten vor Ort (Druckversuche, Bohrungen, etc.) auch Laboruntersuchungen und -analysen, sowie das Erstellen von Berichten und Gutachten. Detaillierte Beschreibungen sind dem Leistungsverzeichnis (Anlage B.1.1), sowie den Vorbemerkungen (Anlage B.1) zu entnehmen. Interne Kennung: 1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bergstraße (DE715)
Land: Deutschland
Zusätzliche Informationen: DEB34

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubig-ter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von

Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich. (Mit dem Angebot; Mittels

Eigenerklärung): PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 9 (bzw. Vordruck 10).

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren - WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Der jährliche Umsatz der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre aus vergleichbaren Tätigkeiten muss in EUR (netto) mindestens 300.000,00 betragen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. - WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 3.000.000,00 je Versicherungsjahr betragen. Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von 1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen und 2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist. Der Nachweis kann in Fotokopie /Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 2.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: TL1: Referenzen - TL1: Angaben über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) in den letzten maximal zwölf (12) Jahren seit Veröffentlichung der Bekanntmachung mit Angabe der durchgeführten Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Eine Vergleichbarkeit setzt voraus, dass die aufgeführten Referenzen sowohl leistungs- als auch themenspezifisch mit dem geforderten Leistungspaket vergleichbar sind. Vergleichbar ist eine Referenz insbesondere dann, wenn es sich um Leistungen handelt, die hinsichtlich Größe und Komplexität auf eine entsprechende Eignung

des Bewerbers schließen lassen. Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten: 1. Referenztitel 2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4) (Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4, z. B. E-Mail, Telefonnummer) (Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung 5. Durchmesser der erdverlegten Leitungsinfrastruktur 6. Leitungslänge der erdverlegten Leitungsinfrastruktur 7. Medium (Erdgas, Wasserstoff, Öl, Produktenleitung, Strom) 8. Angabe der ausgeführten Sonderbauwerke (gilt nur für die Mindestanforderung Nr. 1) 9. Auftragswert in EUR (netto) 10. Ausführungszeitraum (Auftrags- und Lieferdatum tagesgenau angeben) Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Los 1: Es sind mindestens drei (3) (und möglichst nicht mehr als fünf (5)) vergleichbare und einschlägige Referenzen, in denen das Referenzprojekt folgende Punkte erfüllt: - Das Referenzprojekt muss Bezug zu erdverlegter Leitungsinfrastruktur (Erdgas, Wasserstoff, Öl, Produktenleitung, Strom) haben - Die Leitungslänge der erdverlegten Leitungsinfrastruktur muss mindestens 10 km betragen - Der Durchmesser der erdverlegten Leitungsinfrastruktur muss mindestens 500 mm (DN 500) betragen - Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat geotechnische Untersuchungen durchgeführt - Bei dem Referenzprojekt muss mindestens ein (1) Sonderbauwerk wie zum Beispiel: Horizontalspülbohrverfahren (Horizontal Directional Drilling, HDD); Microtunneling, Bahnkreuzungen, Gewässerkreuzungen ausgeführt worden sein Los 2: Es ist mindestens eine (1) (und möglichst nicht mehr als drei (3)) vergleichbare und einschlägige Referenzen, in denen das Referenzprojekt folgende Punkte erfüllt: - Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat geotechnische Untersuchungen für den Bau von erdverlegter Leitungsinfrastruktur auf einer Bundeswasserstraße durchgeführt Siehe Anlage A. 1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 7.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: TL2: Anzahl vollzeitbeschäftigter Mitarbeiter. - TL2: Anzahl vollzeitbeschäftigter Mitarbeiter. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es ist nachzuweisen, dass in den letzten drei (3) Jahren mehr als fünf (5) vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt im Unternehmen beschäftigt waren. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 3

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 18/06/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0YTPJPHKSZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0YTPJPHKSZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0YTPJPHKSZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 30/06/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit,
Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf
nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 Abs. 2
oder 3 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen
Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf
Nachforderung besteht nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte
Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Verfahrensunterlagen

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Finanzielle Vereinbarung: siehe Verfahrensunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die
Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist
jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat
und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von
Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die
behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen
droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten
Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und
gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen
Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis
zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur
Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen
Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis
zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber
gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers,
einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf
Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1
Satz 2 bleibt unberührt.

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Los 2: HYLÜ (Rheinquerung)

Beschreibung: Gegenstand des Projektes ist die Errichtung der Wasserstoffleitung HYLÜ (Hydrogen-Lampertheim-Ludwigshafen-Leitung) DN 800 von Lampertheim bis Ludwigshafen. Die rund 15 km lange HYLÜ Leitung ist Bestandteil des Wasserstoffkernnetzes und wird unter der ID KLN013-01 geführt. Die Planung der rund 15 km langen Wasserstoffleitung berührt insgesamt drei Bundesländer. Die Leitung beginnt in Hessen und erreicht nach rund 1,6 km die Grenze nach Baden-Württemberg. Entlang der derzeitigen Vorzugstrasse wird die Grenze nach Rheinland-Pfalz nach ca. 5,3 km erreicht. Die Grenze zwischen den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz befindet sich in der Mitte der Bundeswasserstraße Rhein. Das geplante Vorhaben umfasst den Neubau der ca. 15 km langen Wasserstoffleitung von der Umstellleitung HYREL (ehemals MIDAL) an der in Betrieb befindlichen GDRM-Anlage Lampertheim bis zur geplanten Absperr- und Molchstation in Ludwigshafen vor dem Werksgelände der BASF. Die Inbetriebnahme der HYLÜ Leitung ist für Ende 2029 vorgesehen. Der Baubeginn ist für den Frühsommer 2028 geplant. tober 2027 auf Oktober 2028. Ein großer Teil der zukünftigen Verbrauchsmengen in Baden-Württemberg und entlang der MIDAL-Süd Trasse soll nicht mehr mit Erdgas, sondern mit Wasserstoff gedeckt werden. Aus diesem Grund soll die Ferngasleitung MIDAL Süd (Abschnitt Reckrod -Lampertheim) nach Fertigstellung der erdgastransportierenden Spessart-Odenwald-Leitung (SPO-Leitung der terranets bw GmbH), welche von Wirtheim bis nach Lampertheim führen wird, voraussichtlich ab dem Jahr 2028 als Wasserstofftransportleitung umgestellt werden. Über den MIDAL Süd Loop und die SPO-Leitung wird ab diesem Zeitpunkt die Methan-Versorgung bis nach Lampertheim erfolgen. Über die GDRM-Anlage Lampertheim 5 erfolgt die Verbindung der SPO-Leitung zur MIDAL Süd (Lampertheim - Ludwigshafen) und zur bestehenden AL RG (DN 400). Um die Funktionalität der GDRM-Anlage sicherzustellen, ist die Einbindung einer bestehenden DN 400 Leitung (AL RG) und der bestehenden MIDAL Süd (DN 800, Lampertheim - Ludwigshafen), eine übergangsweise Einbindung der anfangs noch erdgasführenden MIDAL Süd (DN 800, Reckrod - Lampertheim) sowie die Einbindung der kurzen Verbindungsleitung zwischen SPO-Leitung und GDRM-Anlage notwendig. Die Einreichung der Planfeststellungsantrags ist für Ende 2026 geplant. Der geplante Baubeginn liegt im Oktober 2027. Im Zuge des vorgenannten Bauvorhabens benötigt GASCADE einen Dienstleister zur Aus-führung einer geotechnischen und bodenkundlichen Untersuchung der geplanten Leitungs-trasse und der GDRM Lampertheim 5. Die Leistungen sind aufgeteilt in 2 Lose. Los 2 umfasst jene geotechnischen und bodenkundlichen Untersuchungen welche im Zusammenhang mit der notwendigen Querung des Rheins stehen. Der Leistungsumfang umfasst neben Tätigkeiten vor Ort (Druckversuche, Bohrungen, etc.) auch Laboruntersuchungen und -analysen, sowie das Erstellen von Berichten und Gutachten. Detaillierte Beschreibungen sind dem Leistungsverzeichnis (Anlage B.1.2), sowie den Vorbemerkungen (Anlage B.1) zu entnehmen.

Interne Kennung: 2

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71332000 Dienstleistungen im Bereich Geotechnik

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Bergstraße (DE715)

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. (Mit dem Angebot; Keine oder anderweitige Formerfordernis): PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubig-ter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt wer-den, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröf-fentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich. (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 9 (bzw. Vordruck 10).

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren - WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Der jährliche Umsatz der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre aus vergleichbaren Tätigkeiten muss in EUR (netto) mindestens 300.000,00 betragen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. - WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 3.000.000,00 je Versicherungsjahr betragen. Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von 1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen und 2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist. Der Nachweis kann in Fotokopie /Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 2.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: TL1: Referenzen - TL1: Angaben über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) in den letzten maximal zwölf (12) Jahren seit Veröffentlichung der Bekanntmachung mit Angabe der durchgeführten Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Eine Vergleichbarkeit setzt voraus, dass die aufgeführten Referenzen sowohl leistungs- als auch themenspezifisch mit dem geforderten Leistungspaket vergleichbar sind. Vergleichbar ist eine Referenz insbesondere dann, wenn es sich um Leistungen handelt, die hinsichtlich Größe und Komplexität auf eine entsprechende Eignung des Bewerbers schließen lassen. Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten: 1. Referenztitel 2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4) (Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 3. Ansprechpartner inkl.

Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4, z. B. E-Mail, Telefonnummer) (Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung 5. Durchmesser der erdverlegten Leitungsinfrastruktur 6. Leitungslänge der erdverlegten Leitungsinfrastruktur 7. Medium (Erdgas, Wasserstoff, Öl, Produktenleitung, Strom) 8. Angabe der ausgeführten Sonderbauwerke (gilt nur für die Mindestanforderung Nr. 1) 9. Auftragswert in EUR (netto) 10. Ausführungszeitraum (Auftrags- und Lieferdatum tagesgenau angeben) Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Los 1: Es sind mindestens drei (3) (und möglichst nicht mehr als fünf (5)) vergleichbare und einschlägige Referenzen, in denen das Referenzprojekt folgende Punkte erfüllt: - Das Referenzprojekt muss Bezug zu erdverlegter Leitungsinfrastruktur (Erdgas, Wasserstoff, Öl, Produktenleitung, Strom) haben - Die Leitungslänge der erdverlegten Leitungsinfrastruktur muss mindestens 10 km betragen - Der Durchmesser der erdverlegten Leitungsinfrastruktur muss mindestens 500 mm (DN 500) betragen - Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat geotechnische Untersuchungen durchgeführt - Bei dem Referenzprojekt muss mindestens ein (1) Sonderbauwerk wie zum Beispiel: Horizontalspülbohrverfahren (Horizontal Directional Drilling, HDD); Microtunneling, Bahnkreuzungen, Gewässerkreuzungen ausgeführt worden sein Los 2: Es ist mindestens eine (1) (und möglichst nicht mehr als drei (3)) vergleichbare und einschlägige Referenzen, in denen das Referenzprojekt folgende Punkte erfüllt: - Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat geotechnische Untersuchungen für den Bau von erdverlegter Leitungsinfrastruktur auf einer Bundeswasserstraße durchgeführt Siehe Anlage A. 1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 7.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: TL2: Anzahl vollzeitbeschäftigter Mitarbeiter. - TL2: Anzahl vollzeitbeschäftigter Mitarbeiter. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es ist nachzuweisen, dass in den letzten drei (3) Jahren mehr als fünf (5) vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt im Unternehmen beschäftigt waren. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 3

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 18/06/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0YTPJPHKSZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0YTPJPHKSZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0YTPJPHKSZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 30/06/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 Abs. 2 oder 3 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Verfahrensunterlagen

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Finanzielle Vereinbarung: siehe Verfahrensunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

GASCADE Gastransport GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: GASCADE Gastransport GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: GASCADE Gastransport GmbH

Registrierungsnummer: DE 815 216 431

Postanschrift: Kölnische Str. 108-112

Stadt: Kassel

Postleitzahl: 34119

Land, Gliederung (NUTS): Kassel, Kreisfreie Stadt (DE731)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@gascade.de

Telefon: +49 561934-0

Internetadresse: <https://www.gascade.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: +49 22894990

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: faf373b3-d399-4993-83bf-d65c5e947fa8 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 17

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/05/2026 11:29:37 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 368250-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 102/2026
Datum der Veröffentlichung: 29/05/2026